



INHALT

Der Absturz der Türkischen Lira	2
▪ Der Konflikt mit den USA	2
▪ Die Schwäche der Türkischen Lira	2
▪ Hintergrund der Besorgnis	2
▪ Die Verteilung des Schadens	3
Das Präsidialsystem	3
▪ Neue Strukturen	3
▪ Doppelstruktur erhöht Kontrolle	4
▪ Neue Personen	4
▪ Neue Strukturen – neue Politik?	4
Türkische Innenpolitik	5
▪ Nach den Wahlen vom 24. Juni 2018	5
▪ AKP bleibt tonangebend im Parlament	5
▪ Streit in der CHP	5
▪ Konstruktive Opposition der İyi Partei	5
▪ Aufhebung des Ausnahmezustands	6
▪ Einschränkung der parlamentarischen Immunität	6
Wirtschaft und Soziales	6
▪ Rekordwachstum mit Krisenanzeichen	6
▪ Sinkende Wachstumserwartung und Arbeitslosigkeit	6
Außenpolitische Herausforderungen für die „neue Türkei“	7
▪ Beziehungen zu Europa	7
▪ Beziehungen zu den USA	7
▪ Syrienpolitik und die Beziehungen zu Russland und dem Iran	7

Der Absturz der Türkischen Lira

Die Türkei machte im August weltweit mit zwei Entwicklungen Schlagzeilen. Zum einen verhängten die USA mehrere Sanktionen gegen die Türkei. Zum anderen kam es zu einem starken Kursverlust der Türkischen Lira, der auch die Währungen anderer Schwellenländer mit sich zog. Das zeitliche Zusammentreffen beider Entwicklungen hat den Eindruck erweckt, dass die Erhöhung der US Zölle auf Stahl und Aluminium für die Währungskrise der Türkei verantwortlich seien. Doch sie sind nur der Auslöser, die Turbulenzen auf dem Devisenmarkt sind in erster Linie hausgemacht. Selbst im Falle einer Beilegung der Konflikte zwischen der Türkei und den USA ist eine wirtschaftliche Stabilisierung der Türkei nur mit einem umfassenderen wirtschaftlichen und politischen Reformprogramm möglich. Derzeit beginnen vorläufige Schadensanalysen, die mit der Frage verbunden sind, wer die eingetretenen Verluste bezahlen soll.

Der Konflikt mit den USA

Die Strafaktionen der USA gegen die Türkei beziehen sich auf unterschiedliche Konflikte. Im Vordergrund steht die Festsetzung des evangelikalen US-Pastors Brunson, dem Beihilfe für PKK und Gülen Gemeinschaft vorgeworfen wird. Die US-Führung fordert ultimativ die Freilassung des Pastors, aber auch einer Reihe von namentlich nicht genannten weiteren Amerikanern sowie inhaftierter Mitarbeiter von der US-Vertretung. In diesem Zusammenhang wurden persönliche Sanktionen gegen den türkischen Innenminister Soylu und den Justizminister Gül verhängt. Damit macht die US-Regierung beide Minister mit für den Prozess gegen Brunson verantwortlich. Zudem befindet sich ein Antrag des Senats in der Beratung, mit dem US-Vertreter in internationalen Organisationen beauftragt werden, Krediten an die Türkei nicht zuzustimmen. Beide Maßnahmen sollen beibehalten werden, bis Pastor Brunson freigelassen wird.

Eine zweite Vergeltungsaktion betrifft die Auslieferung von F35-Kampfflugzeugen. Hier hat der Kongress die Freigabe der Flugzeuge von einem Bericht des Verteidigungsministeriums abhängig gemacht, der binnen drei Monaten dem Kongress vorgelegt werden soll. Hintergrund ist die Bestellung der Türkei von S-400 Luftabwehrsystemen aus Russland, die inkompatibel mit der Lieferung der Kampfflugzeuge sind.

Ein dritter Strang sind die Schutzzölle gegen Stahl und Aluminium aus der Türkei. Sie kamen erstmals im Zusammenhang mit anderen Strafzöllen auf die Tagesordnung, die die USA wegen „unfairen Handels“ gegen eine Reihe weiterer Länder angedroht hat. Die EU konnte die Anwendung dieser Zölle vermeiden, zwischen den USA und China geht die gegenseitige Verhängung von Strafzöllen weiter. US-Präsident Trump verband nun diese Strafzölle gegen die Türkei mit der Freilassung von Pastor Brunson und erklärte am 10. August, dass diese verdoppelt werden.

Die Schwäche der Türkischen Lira

Die türkische Währung hat in den vergangenen Jahren mehrere Schwächeperioden durchlaufen. Nach einem

weiteren Abschwung im vierten Quartal 2017 stabilisierte sie sich zur Jahreswende. Anfang Januar 2018 lag der Dollar-Kurs bei 3,77 TL und stieg bis April auf ein Niveau um 4 TL. Mit der Ankündigung vorgezogener Parlamentswahlen und einem Auftritt von Staatspräsident Erdoğan in London stieg der Dollar auf 4,30 TL. Ausschlaggebend waren, dass Erdoğan ankündigte, er werde stärker in die Politik der Zentralbank eingreifen. Zudem wiederholte er seine These, dass hohe Zinsen für eine hohe Inflation verantwortlich seien, was fundamental konträr zur ökonomischen Lehrmeinung steht..

Am 31. Juli lag der Dollar-Kurs bei 4,90 TL. Nach der Ankündigung der Sanktionen gegen die beiden türkischen Minister stieg der Kurs auf 5,05 TL. Nach der Ankündigung der Verdoppelung der Strafzölle gegen die Türkei erreichte der Dollar am 13. August ein Niveau von 7 TL. Die türkische Zentralbank und die Bankenaufsicht reagierten mit Maßnahmen, die zum einen die Liquidität des Bankensektors sicherten und zum anderen das Volumen spekulativer Geschäfte gegen die TL eindämmten. Daraufhin ging der Kurs auf ein Niveau um 5,80 TL zurück, stieg jedoch gegen Ende August wieder bis auf knapp 7 TL an.

Hintergrund der Besorgnis

Der Druck auf die Türkische Lira wird von einer Reihe von Faktoren gespeist. Zum einen liegt er in der Komposition der Schulden begründet. Die Verschuldung des Privatsektors ist stark angestiegen, die Laufzeit der Verpflichtungen hat sich verringert. In einem internationalen Milieu, das von Erwartungen zu Zinserhöhungen vor allem durch die amerikanische Notenbank geprägt ist, führt dies zu einem Anstieg von Finanzierungskosten, der viele Unternehmen mit hohen Auslandsschulden zahlungsunfähig machen könnte. Hinzu kommt, dass der Finanzierungsbedarf der türkischen Volkswirtschaft nach wie vor wächst. Der Anstieg des Zahlungsbilanzdefizits hat sich zwar verlangsamt, aber es besteht weiterhin eine große Finanzierungslücke, für die Devisen, vor allem US\$ sowie Euro zu beschaffen sind. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte liegt nach wie vor im internationalen Vergleich niedrig, aber das Haushaltsdefizit hat sich in den vergangenen zwei Jahren stark erhöht.

Das erreichte Verschuldungsniveau, das chronische Zahlungsbilanzdefizit und das Haushaltsdefizit machen Einsparungen erforderlich, die zu einer starken Drosselung des Wirtschaftswachstums führen werden. Zweifel bestehen, ob die türkische Regierung dazu bereit ist. Bisher hat der für die Koordination der Wirtschaftspolitik zuständige Finanzminister Albayrak hierzu keine klaren Signale gesetzt, sondern auf das mittelfristige Programm verwiesen, das er in der ersten September-Hälfte vorstellen will. Es soll insbesondere Aufschluss über die geplanten Einsparungen im Staatshaushalt geben.

Mit der Schwäche der Türkischen Lira wurden auch weitere Währungen von Schwellenländern abgewertet. Dahinter stand die Sorge, dass eine Schwäche der Türkischen Lira eine Kettenreaktion hervorrufen könnte. Denn auch die übrigen Schwellenländer verzeichneten in den vergangenen zehn Jahren einen schnellen Anstieg der Aus-

landsverschuldung, dessen Finanzierung bei steigenden Zinsen in den Metropal-Ländern erschwert wird.

Die Verteilung des Schadens

Indikatoren wie Industrieproduktion und Beschäftigung deuten darauf hin, dass bereits im Mai und Juni 2018 ein leichter Konjunkturabschwung eingetreten ist. Die Währungsturbulenz vom August 2018 wird diese Tendenz verstärken. Bereits im Juli hat die Inflation ein Niveau von 15 Prozent erreicht. Durch den rasanten Wertverlust der Türkischen Lira muss mit einem zusätzlichen Inflationsschub im Herbst gerechnet werden. Inzwischen werden Schätzungen von 17-30 Prozent zum Jahresende diskutiert. Die hohen Schwankungen der Wechselkurse haben zudem den Außenhandel stark beeinträchtigt. Die Schwäche der Türkischen Lira kommt dabei dem türkischen Export nur bedingt zu Gute, weil ein hoher Bedarf importierter Vorprodukte den Wettbewerbsvorteil wieder dämpft. Grundsätzlich stellt sich jedoch für alle Wirtschaftsakteure das Problem, dass Preise angesichts der hohen Schwankungsbreite kaum kalkuliert werden können.

Die breite Bevölkerung wird sich als Folge mit weiter steigender Inflation und vermehrter Arbeitslosigkeit auseinandersetzen müssen. Will die Regierung ihre Ziele zur Haushaltskonsolidierung erreichen, sind auch Steuererhöhungen absehbar. Unter Druck geratene Unternehmen verhandeln bereits seit Monaten über eine Umschuldung. Offen bleibt, in welchem Maße die Regierung bereit sein wird, den Konkurs von Unternehmen hinzunehmen. Die Alternative bestünde letztlich in einer Übernahme eines Teils der Schulden in den Haushalt, d.h. eine „Vergesellschaftung“ der Defizite.

Klare Aussagen hat die Regierung zur Regulierung internationaler Kapitaltransfers und zum IMF gemacht. Eingriffe in die internationalen Kapitalflüsse sollen nicht erfolgen, ein Abkommen mit dem IMF steht zurzeit nicht auf der Tagesordnung. Eine Zinserhöhung zur Stabilisierung der TL und zur Verringerung der Inflation ist ebenfalls nicht vorgesehen. Umso höher steigen die Erwartungen an das versprochene Wirtschaftsprogramm. Es ist wahrscheinlich, dass es diesen Erwartungen nicht gerecht werden kann.

Politisch bewertet die Regierung die Währungskrise als Wirtschaftskrieg der USA und anderer feindlich gesinnter Kräfte gegen die Türkei. Mit einer Rhetorik, das „wir alle in einem Boot sitzen“ und Boykottaufrufen gegen US-Produkte will man davon ablenken, die vielen Fehlentscheidungen der vergangenen Dekade sowie die strukturellen Defizite selbstkritisch zu diskutieren und zu korrigieren.

Das Präsidialsystem

Mit der Vereidigung von Staatspräsident Erdoğan am 9. Juli 2018 ist das neue Regierungssystem der Türkei in Kraft getreten. Tags zuvor wurden mit einer Verordnung, die Gesetzeskraft hat, mehr als 200 Gesetze geändert. Unter diesen Gesetzen befanden sich auch die Gründungsgesetze der Ministerien. Mit der ersten Präsidialverordnung vom 10. Juli wurde die Staatsverwaltung

quasi neu gegründet. Neben der Verringerung der Zahl der Ministerien auf 16 wurden im Präsidialamt drei „Büros“ sowie neun Räte geschaffen. Die Büros haben vor allem die Funktion, Entwicklungen zu überwachen und die Koordination zwischen den Ministerien sicherzustellen. Die Räte haben sowohl Überwachungsaufgaben als auch die Funktion, politische Vorschläge zu entwickeln. In jedem Fall liegt die letzte Entscheidung beim Staatspräsidenten.

Neue Strukturen

Doch die Veränderungen, die mit dem Referendum vom April 2017 eingeleitet wurden, beschränken sich nicht allein auf die Ministerialverwaltung. Während die Befürworter des neuen Systems von einer starken Exekutive und einem starken Parlament sprechen, bei dem die Gewaltenteilung besser verwirklicht sei als zuvor, sprechen die Kritiker von einer Monopolisierung unkontrollierter Macht.

Das Prinzip der Gewaltenteilung sieht eine Verteilung von Kompetenzen vor, so dass Verfassungsorgane und die Gesellschaft eine Kontrolle über das Handeln der staatlichen Institutionen erhalten. Dies bedeutet eine Trennung von Rechtssetzung (Legislative), Rechtsausübung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Tatsächlich sind die Mechanismen der Gewaltenteilung weit differenzierter und werden durch die (Medien-)Öffentlichkeit, zivilgesellschaftliche Akteure sowie territoriale Beschränkungen (wie z.B. der Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung) ergänzt.

Die Verfassungsänderung vom April 2017 war ein Kompromiss, der von AKP und MHP ausgehandelt wurde. Dabei war von der AKP zwar stets ein starker Präsident an der Spitze der Exekutive befürwortet worden. Als Gegengewicht sollte jedoch bei Parlamentswahlen ein Mehrheitswahlrecht in kleinen Wahlbezirken eingeführt werden. Dies sollte bewirken, dass sich Abgeordnete mehr ihren Wählern als ihrer Parteiführung verantwortlich fühlen. Die Änderung des Wahlrechts wurde im Verfassungskompromiss nicht festgelegt und erfolgte auch danach nicht. Auch die 10prozentige Sperrklausel für den Einzug ins Parlament wurde nicht aufgehoben, stattdessen die Bildung von Parteienbündnissen ermöglicht.

Die neue Verfassung trennt Parlament und Regierung strikt voneinander. Abgesehen vom Haushaltsgesetz ist die Regierung nicht befugt, Gesetze ins Parlament einzubringen. Andererseits verfügt das Parlament nicht mehr über die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegen den Präsidenten oder einzelne Minister. Es kann nur mit zwei Drittel-Mehrheit ein Strafverfahren vor dem Verfassungsgericht einleiten. Dies beschränkt jedoch den Einspruch auf Straftatbestände und schließt die Ahndung politischer Fehlentscheidungen nicht ein. Parlamentarier können schriftliche Anfragen an die Regierung stellen, für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen dagegen bedarf es einer ausreichenden Mehrheit.

Der Staatspräsident wiederum kann in allen Fragen der Staatsorganisation Präsidialverordnungen erlassen, die Gesetzeskraft haben. Stehen sie im Widerspruch zu einem Gesetz oder erlässt das Parlament eine abweichende Bestimmung, haben diese Vorrang. Ausdrücklich ausge-

schlossen sind Präsidialverordnungen in Fragen, die die verfassungsmäßigen Grundrechte betreffen.

Sollten Staatspräsident und die Parlamentsmehrheit unterschiedlichen politischer Richtungen angehören, böte die Grauzone zwischen Grundrechten und Staatsorganisation beträchtlichen politischen Handlungsspielraum. Bei der Parlamentswahl vom 24. Juni 2018 siegte jedoch das „Volksbündnis“ aus AKP, MHP und BBP und erhielt eine absolute Mehrheit.

Eine weitere Neuerung durch die Verfassungsänderung von 2017 betrifft die Besetzung des Rates der Richter und Staatsanwälte, der für alle dienstrechtlichen Fragen der beiden Berufsgruppen zuständig ist. Wurden die Ratsmitglieder zuvor von den Obergerichten und ein Teil von allen Richtern und Staatsanwälten gewählt, wurde bereits im vergangenen Jahr nach dem neuen Modell ein Kontingent durch den Staatspräsidenten und ein anderes durch das Parlament bestellt.

Die neue Verfassung lässt zudem zu, dass der Staatspräsident auch Parteivorsitzender sein kann. Damit verfügt er nicht nur über alleinige Kontrolle der Regierung, sondern hat auch die Möglichkeit, vermittelt durch seine Partei, das Parlament zu bestimmen. Das aktuelle Bündnis aus MHP und AKP sichert ihm dazu die nötige Mehrheit. Bereits im vergangenen Jahr wurde auf diese Weise der Rat der Richter und Staatsanwälte zwischen AKP und MHP aufgeteilt.

Auch um die übrigen Akteure der Gewaltenteilung ist es nicht besser bestellt. Mit der Übernahme der Doğan Mediengruppe durch die „Demirören“ Gruppe sind sowohl als seriös geltende Medien mit hoher Reichweite wie die Tageszeitungen Hürriyet und Posta sowie der Nachrichtensender CNN Türk in das regierungsnahe Lager gewechselt, als auch die letzte verbliebene landesweit tätige Nachrichtenagentur DHA.

Doppelstruktur erhöht Kontrolle

Mit der Präsidialverordnung Nr. 1 wurden die Umrise des neuen Regierungssystems geschaffen. In ihr sind die Strukturen der Ministerien neu gefasst worden und ihre Tätigkeit an die politischen Direktiven des Staatspräsidenten gebunden worden. Der Ministerrat als Organ war bereits in der zuvor veröffentlichten Verordnung mit Gesetzeskraft als Organ abgeschafft worden.

Im neuen System werden Minister eine veränderte Funktion haben. Ihre vordergründige Aufgabe ist es, die Geschäfte in ihrem Ressort zu führen und die Politik des Staatspräsidenten umzusetzen. Dabei sollen sie mit Räten kooperieren, die im Präsidialamt geschaffen werden. Den Vorsitz dieser Räte hat der Staatspräsident inne, der einen Vizevorsitzenden ernennt, der wiederum die Geschäfte führt. Die Räte haben zum einen die Aufgabe, die Arbeit der Ministerien in ihrem Aufgabengebiet zu überwachen und zum anderen, Politikvorschläge zu entwickeln. Dazu haben sie die Befugnis, Informationen von jeder staatlichen Stelle einzuholen, die ihnen mit Priorität vorzulegen sind. Außerdem sind sie in die interministerielle Kooperation einzubeziehen und sie sind berechtigt, Stellung-

nahmen gegenüber den Ministerien abzugeben. Die Räte wiederum berichten direkt dem Staatspräsidenten, der gegebenenfalls direkt eingreifen kann, falls es zu einem Konflikt zwischen Rat und Ministerium kommt.

Durch eine Präsidialverordnung wurde außerdem der Staatliche Kontrollrat neu geordnet und sein Aufgabengebiet erweitert. Er ist nun nicht mehr allein für staatliche Stellen zuständig, sondern auch für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, gemeinnützige Vereine und Stiftungen.

Neue Personen

Mit der Reorganisation der Ministerien wurde deren Zahl um sechs auf nunmehr 16 Ministerien verkleinert. Bisher hat Staatspräsident Erdoğan nur einen Vize-Präsidenten ernannt, so dass bei zuvor drei Vize-Premiers sich die Regierung deutlich verkleinert hat.

In den wichtigen Ressorts Justiz, Inneres und Außenministerium setzen die bisherigen Amtsinhaber ihre Arbeit fort. Es wird darum auf diesen Gebieten eher mit Kontinuität als mit Wandel gerechnet.

Der frühere Energieminister und Schwiegersohn Erdoğan, Berat Albayrak, übernimmt das Finanzministerium, dem nun auch das Schatzamt zugeschlagen wurde. Mit der Zuordnung von Zentralbank, Bankenaufsicht und Finanzmarktaufsicht wird dieses Ministerium als Schlüsselressort für die Wirtschaftspolitik betrachtet.

Gesundheitsminister wurde der Gründer der Privaten Metropol Krankenhausgruppe und Leibarzt des Staatspräsidenten Fahrettin Koca. Bildungsminister wurde Ziya Selçuk, der einen Hintergrund aus dem privaten Schulwesen hat. Auch Mehmet Ersoy, Minister für Kultur und Bildung, verfügt über einen Branchenhintergrund im Tourismus. Minister für Industrie und Technologie wurde Mustafa Varank, der seit 2005 für das Amt des Ministerpräsidenten und ab 2011 als Berater für Erdoğan tätig ist. Handelsministerin wurde Ruhsar Pekcan, die aus der Privatwirtschaft kommt.

Eine Überraschung war insbesondere die Ernennung des bisherigen Generalstabschefs Hulussi Akar zum Verteidigungsminister. Am folgenden Tag erfolgten die Ernennungen der neuen Militärführung durch Präsidialdekret und nicht mehr durch den Hohen Militärrat. Waren zuvor die Waffengattungen in das Verteidigungsministerium eingegliedert worden, so wurde mit einer Präsidialverordnung nun auch der Generalstab an das Verteidigungsministerium angebunden.

Neue Strukturen – neue Politik?

Am 3. August stellte Staatspräsident Erdoğan sein Programm für die ersten 100 Tage seiner Präsidentschaft vor. „400 Projekte in 100 Tagen“ war die zentrale Botschaft. Doch wie bei den Regierungsprogrammen der vergangenen Jahre verlief die zweistündige Präsentation in der Darstellung eines Sammelsuriums von Einzelmaßnahmen, von denen die Bauprojekte den konkretesten Eindruck machten. Richtungsansagen, die in zentralen Politikbereichen wie Innen-, Außen- und Wirtschafts-

litik Orientierung ermöglichen, fehlten. Hinzu kommt, dass viele der angekündigten Projekte beträchtliche Ausgaben verursachen werden. Dies steht nicht unbedingt im Einklang mit der Ankündigung von staatlichen Ausgabenkürzungen.

Doch ohnehin ist die Erwartung nach grundlegenden politischen Kurskorrekturen nur gerechtfertigt, wenn man an die These glaubt, dass Staatspräsident Erdoğan erst mit umfassenden Vollmachten ausgestattet werden musste, um seine Politik verwirklichen zu können. Seit seinem Amtsantritt als Staatspräsident hat er alle staatlichen Organe unter Kontrolle. Warum sollte er jetzt tun, was er bisher nicht getan hat?

Türkische Innenpolitik

Nach den Wahlen vom 24. Juni 2018

Die vorgezogenen Wahlen haben Staatspräsident Erdoğan und das Bündnis aus AKP, MHP und BBP gewonnen. Dabei hatten Umfragen im Vorfeld der Wahl den Eindruck erweckt, die Präsidentschaftswahl könnte in eine zweite Runde gehen, weil es Amtsinhaber Erdoğan nicht gelingen würde, die erforderliche absolute Mehrheit zu erhalten. Auch bei der Parlamentswahl wurde für die Opposition eine Chance gesehen, die Mehrheit zu erringen.

Das Wahlergebnis legt nahe, dass sich an der politischen Konstellation beim Verfassungsreferendum im April 2017 wenig verändert hat. Auch hier hatte sich ein Bündnis von AKP und MHP einer Ablehnungsfront von CHP, HDP, SP und Teilen der MHP gegenübergesehen. Wahlforscher gehen davon aus, dass bisher Wählerwanderungen nicht zwischen den Blöcken, sondern zwischen den Parteien, die die Blöcke bilden, stattfinden. Eine nach der Wahl vom Institut IPSOS durchgeführte Umfrage kommt zwar zu dem Schluss, dass die neu gegründete İYİ Partei von allen Parteien Stimmen an sich ziehen konnte, doch dass die Mehrheit ihrer knapp 10 Prozent von der MHP und der CHP stammen.

Die Prognose, dass die MHP aufgrund ihres Bündnisses mit der AKP in starkem Maße an Stimmen verlieren würde, trat nicht ein, weil sie die Verluste an die İYİ Partei durch Stimmen, die zuvor an die AKP gegangen waren, ausgleichen konnte.

Die CHP wiederum hat Stimmen sowohl an die HDP als auch an die İYİ Partei abgegeben. Dabei spielte eine Rolle, dass die Parlamentsmandate in den Südost-Provinzen der Türkei im Falle eines Scheiterns an der 10prozentigen Sperrklausel zum größten Teil der AKP zugefallen wären. Die HDP wiederum verlor deutlich in ihren Hochburgen in den Südost-Provinzen, gewann aber in den westlichen Metropolen wie Istanbul hinzu.

AKP bleibt tonangebend im Parlament

Mit den Stimmen von AKP und MHP wurde der frühere Ministerpräsident Binali Yıldırım zum Parlamentspräsidenten gewählt. Auch bei der Bestimmung der Kommissionsvorsitzenden setzten sich die AKP-Kandidaten durch. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die MHP

bislang keine Gegenleistung für ihre Unterstützung der AKP verlangt hat. Sie hat weder auf Ministerposten noch auf Ausschussvorsitze in Parlamentskommissionen bestanden. Ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli charakterisiert diese Politik als „Ausgleichs- und Kontrollfunktion“, die seiner Partei nach der Parlamentswahl zugefallen sei. Weil die AKP ihre absolute Mehrheit im Parlament verloren hat, ist sie auf die Unterstützung der MHP angewiesen. Diese hat darum die Möglichkeit, ihre Positionen einzubringen, ohne Regierungsverantwortung zu tragen.

Streit in der CHP

Unmittelbar nach der Wahl begann in der CHP erneut die Diskussion über den Parteivorsitz. Zwar hatte der Präsidentschaftskandidat Muharrem İnce erklärt, er werde weder einen Parteitag fordern noch gegen den Vorsitzenden Kılıçdaroğlu antreten, doch erklärte auch, dass die Parteibasis den nötigen Wechsel herbeiführen werde, sollte dieser nicht zurücktreten. Der Parteivorstand wiederum erteilte Forderungen nach einem außerordentlichen Parteitag eine Absage.

Auf der anderen Seite ist die Unruhe in der Parteibasis der CHP nicht allein auf die Vorstandsfrage zurückzuführen. Diskussionen ranken sich auch um die Parteistrukturen und das inhaltliche Profil der Partei.

Die innerparteiliche Opposition sammelte Delegiertenunterschriften, um einen außerordentlichen Parteitag mit einer Neuwahl des Vorsitzenden zu erzwingen. Erforderlich waren dazu 623 Unterschriften. Als die Unterschriften am 29. Juli eingereicht wurden, behauptete sie, dass sie 630 Unterschriften zusammengetragen hätte. Der Parteivorstand erklärte jedoch am 6. August, dass 569 gültige Unterschriften vorlägen und lehnte darum die Einberufung des Sonderparteitags ab.

Der Konflikt innerhalb der CHP ist damit nicht beendet. ER könnte sich eher noch verschärfen. Zum einen steht den Anhängern eines Sonderparteitages der Rechtsweg offen, zum anderen könnte ein Sonderparteitag zu Satzungs- und Programmfragen mit einer geringeren Zahl von Unterschriften einberufen werden. Seitens der Parteiführung sind keinerlei Schritte zur Entschärfung des Konflikts erkennbar. In Anbetracht der für März 2019 anstehenden Kommunalwahlen bietet die CHP ein ausgesprochen schwaches Bild.

Konstruktive Opposition der İYİ Partei

Bereits unmittelbar nach der Parlamentswahl hatte die Meral Akşener ihren Rücktritt vom Vorsitz der İYİ Partei angeboten und die politische Verantwortung für das Wahlergebnis übernommen. Der Parteivorstand konnte sie jedoch dazu bewegen, den Vorsitz weiterzuführen. Bei einer Klausurtagung von Vorstand und Parlamentsfraktion am 21./22. Juli 2018 jedoch kam es zu beträchtlicher Kritik an der Wahlkampfstrategie und Meral Akşener erklärte erneut ihren Rücktritt. Sie kündigte für August einen Sonderparteitag an, bei dem sie sich nicht zur Wiederwahl stellen wollte. Auf der anderen Seite erhielt sie breite Unterstützung von der Parteibasis und es war wohl auch das Risiko, dass die junge Partei zerfallen

könnte, die sie zu einer neuen Kandidatur bewogen. Sie wurde mit zwei Drittel-Mehrheit in ihrem Amt bestätigt.

Als eine neu gegründete Partei vereinigt die Iyi Partei recht unterschiedliche politische Strömungen. Ziel der Klausurtagung sollte sein, zum Zusammenwachsen dieser heterogenen Positionen beizutragen. Dabei wird sich die Partei entscheiden müssen, ob sie eine alternative MHP oder eine Partei des rechten Zentrums sein will.

Auch wenn einige Spitzenpolitiker der CHP gern am Oppositionsbündnis mit der Iyi Partei und der Saadet Partei festgehalten hätten, erteilten nach der Wahl beide Parteien eine Absage. Ausschlaggebend scheint die Einschätzung zu sein, dass das Bündnis mit der CHP der Partei keine Vorteile gebracht hat.

Auf der anderen Seite schließt die Iyi Partei nicht aus, in Fragen, in denen die AKP auf die Unterstützung der MHP angewiesen ist, sich als Alternative einzubringen.

Aufhebung des Ausnahmezustands

Am 18. Juli ist der Ausnahmezustand nach zweijähriger Dauer nicht erneut verlängert worden und damit ausgelaufen. Zuvor hatte jedoch der MHP-Vorsitzende Bahçeli in einem Gespräch mit Staatspräsident Erdoğan davor gewarnt, dass dies nicht zur Schwächung der Terrorismusbekämpfung führen dürfe. Auf dieser Grundlage entwickelte die AKP einen Gesetzentwurf, mit denen einige Bestimmungen des Ausnahmezustandes in reguläres Recht überführt werden sollen.

Neben den Ausnahmezustandsverordnungen, die Gesetzeskraft haben, war die Praxis des Ausnahmezustandes durch die Erhöhung der Kompetenzen von Landräten und Provinzgouverneuren bei Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, einer Erweiterung der Kompetenz zur Beschlagnahme von Unternehmen und Vermögen sowie Entlassung von Beamten geprägt. Auch die Festnahmedauer von Verdächtigen ohne richterlichen Beschluss war erhöht worden. Nun werden diese Bestimmungen - im Falle von Beschlagnahmungen und Entlassungen für die Dauer von drei Jahren - in die entsprechenden Gesetze eingefügt.

Die Opposition beurteilt die eingebrachten Änderungen als verfassungswidrig und weist darauf hin, dass ähnliche Bestimmungen bereits in der Vergangenheit getroffen und vom Verfassungsgericht aufgehoben wurden.

Einschränkung der parlamentarischen Immunität

Zwei der neu gewählten Abgeordneten konnten bisher nicht ihren Amtseid leisten, weil sie nicht aus dem Gefängnis entlassen wurden. Bei der HDP-Abgeordneten Leyla Güven, die noch nicht verurteilt ist, wurde die Untersuchungshaft unter anderem mit ihrer führenden Stellung im „Kongress für eine demokratische Gesellschaft“ begründet. Beim CHP-Abgeordneten Deniz Berberoğlu urteilte der Kassationsgerichtshof, dass die vorübergehende Aufhebung der parlamentarischen Immunität, die vor zwei Jahren erlassen und nur einmalig wirksam sein sollte, fortgelte. Auch das Verfassungsgericht wies den

Antrag auf Freilassung mit Hinweis auf die erstinstanzliche Verurteilung zurück. Die Rechtsauffassung beider Gerichte bedeutet eine weitere Einschränkung der parlamentarischen Immunität.

Hinzu kommen neue Ermittlungsverfahren gegen HDP-Abgeordnete aufgrund ihrer Teilnahme an Begräbnissen von PKK-Militanten.

Wirtschaft und Soziales

Rekordwachstum mit Krisenanzeichen

Mit einem Wirtschaftswachstum von 7,4 Prozent im ersten Quartal 2018 hat die Türkei die hohen Zuwachsraten von 2017 fortgesetzt. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch ein ganzes Bündel von öffentlichen Förderungen und Kreditabsicherungen, die zum Teil weiter fortgesetzt werden.

Der Preis dieser Entwicklung waren eine starke Zunahme des Leistungsbilanz- und des Haushaltsdefizits. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben Institutionen wie der Internationale Währungsfond bereits im April 2018 vor einer Überhitzung der türkischen Wirtschaft gewarnt.

Eines der ungelösten strukturellen Wirtschaftsprobleme ist das Zahlungsbilanzdefizit. Es verhält sich parallel zum Wirtschaftswachstum, d.h. steigt bei hohen Wachstumsraten ebenfalls schnell an. Der Hintergrund ist die hohe Abhängigkeit der türkischen Industrie von importierten Vor- und Zwischenprodukten. Ein weiteres Problem ist die geringe inländische Wertschöpfung. Zugleich ist in den vergangenen Jahren das Technologieniveau türkischer Exportprodukte gesunken.

Für das zweite Halbjahr 2018 wird mit einem leichten Rückgang des Zahlungsbilanzdefizits gerechnet. Zum einen ist bereits im Juni der Anstieg des Außenhandelsdefizits wieder in den einstelligen Bereich gekehrt, zum anderen haben sich die Einnahmen aus dem Tourismus gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

Als Risikofaktor wird das Zahlungsbilanzdefizit vor allem aufgrund der Veränderungen bei den internationalen Finanzierungsbedingungen angesehen (siehe oben). Der erwartete Zinsanstieg in den USA und die Änderung der Politik der Europäischen Zentralbank führen zu einer Verringerung der Investitionen in Schwellenländern wie der Türkei. In der Zahlungsbilanz für Mai 2018 wird ausgewiesen, dass das Defizit nicht durch Kapitalmarktanlagen ausgeglichen werden konnte, sondern durch Guthaben von ausländischen Konten und Zentralbankreserven.

Sinkende Wachstumserwartung und Arbeitslosigkeit

Die steigende Schuldenlast und höhere Zinsen verursachen für die Unternehmen höhere Kosten. Insbesondere in der Industrie kommen noch die Unsicherheiten bei den Preisen von importierten Vor- und Zwischenprodukten hinzu. Zwar war die Arbeitslosenquote im April erstmals seit zwei Jahren unter 10 Prozent gesunken, doch es spricht vieles dafür, dass sie in den kommenden Monaten wieder deutlich über dieses Niveau ansteigt. Das

Forschungsinstitut des Gewerkschaftsbundes DISK weist darauf hin, dass um saisonale Einflüsse bereinigt, die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vormonat gesunken, die Zahl der Arbeitslosen sich jedoch erhöht habe. Nach Griechenland, Spanien und Italien liegt die Türkei bei der Arbeitslosigkeit auf dem vierten Rang unter den OECD-Ländern.

Die Weltbank und der IMF haben vor diesem Hintergrund ihre Wachstumserwartungen für die Türkei gesenkt. Demgegenüber hat der neue Finanzminister Albayrak angekündigt, dass kurzfristig nicht mit einem neuen Wirtschaftsprogramm zu rechnen ist. Es wird erwartet, dass programmatische Aussagen erst mit dem für September vorgesehenen mittelfristigen Programm getroffen werden.

Außenpolitische Herausforderungen für die „neue Türkei“

Beziehungen zu Europa

Die Wiederernennung von Außenminister Çavusoğlu ist als ein Signal bewertet worden, dass eine umfassende Neujustierung der türkischen Außenpolitik nicht beabsichtigt ist. Angesichts der Konflikte mit Holland, Deutschland und Österreich und dem Votum des Europaparlaments, den Beitrittsprozess der Türkei auszusetzen, geht es der türkischen Regierung nun darum, ohne eine grundlegende Politikänderung zu einer neuen Arbeitsgrundlage mit den europäischen Regierungen und der EU zu kommen.

Ein erster Schritt dazu ist die Ankündigung der Türkei und Hollands, die Beziehungen zu normalisieren. Beide Länder hatten im vergangenen Jahr ihre Botschafter abgezogen, nachdem Holland die Familienministerin Kaya aus dem Land verwiesen hatte. Nun sollen kurzfristig neue Botschafter entsandt und die bilateralen Kooperationsabkommen reaktiviert werden. Aus holländischer Perspektive kann dieser Schritt vermutlich auch als Pragmatismus betrachtet werden. Denn nach der Parlamentswahl vom 24. Juni 2018 ist kurzfristig ein Regierungswechsel in der Türkei nicht in Sicht, also muss mit der bestehenden Regierung zusammen gearbeitet werden. Kurz darauf wurde gemeldet, dass Deutschland die Beschränkung auf Hermes Bürgschaften im Türkei-Geschäft aufgehoben hat, die im vergangenen Jahr verhängt wurde. Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung jedoch auch erklärt, dass sie keinen Spielraum dafür sieht, die Aktualisierung der EU-Zollunion sowie die Verhandlungen über die Visumsfreiheit für Türken im Schengen-Raum wieder aufzunehmen.

In einem Gespräch mit der Tageszeitung Karar erklärte Außenminister Çavuşoğlu zudem, dass es sinnvoll sei, eine Weile abseits zu bleiben, um bei einer Gelegenheit für gemeinsame Schritte zu einer Verbesserung der Atmosphäre beizutragen. Als eine mögliche Initiative kündigte er Bemühungen an, die mit Spanien ins Leben gerufene Initiative zum Dialog der Zivilisationen wieder zu beleben.

Unter dem Eindruck der Währungskrise im August 2018 bemüht sich Ankara intensiver um eine Verbesserung der

Beziehungen zu den EU-Ländern. Neben einer verstärkten Telefondiplomatie wurde auch die Freilassung des früheren Amnesty International Türkei-Sektionsvorsitzenden Taner Kılıç in diesem Zusammenhang interpretiert. Die überraschende Aufhebung der Ausreisesperre der Journalistin Meşale Tolu hat sich auch positiv auf das Verhältnis zu Deutschland ausgewirkt.

Allerdings kann es keine Normalisierung geben, solange noch deutsche Staatsbürger ohne triftige Gründe in Haft sind. Aber auch prominente türkische Bürger, bei denen keine überzeugende Anklageschrift vorliegt, belasten die internationalen Beziehungen. Stellvertretend für viele andere sei der türkische Unternehmer und Mäzen Osman Kavala genannt.

Beziehungen zu den USA

Die Beziehungen zu den USA bleiben kompliziert, doch bemühen sich beide Seiten, die Konflikte handhabbar zu halten. Nach der Verlegung der US-Botschaft in Israel nach Jerusalem und dem Tod von mehr als 60 palästinensischen Demonstranten hat die türkische Regierung ihren Botschafter aus Washington zurückgezogen. Gegen den Vizechef der staatlichen Halkbank Hakan Atilla wurde wegen Bruchs der US Embargo-Bestimmungen gegen den Iran eine Haftstrafe von 32 Monaten verhängt, doch die türkische Regierung hätte eine Freilassung Atillas vorgezogen.

Demgegenüber wurde eine Übereinkunft zum syrischen Membidsch getroffen. Membidsch war mit Unterstützung der USA durch die von der kurdischen YPG dominierten „Demokratischen Kräfte Syriens“ erobert worden. Die Türkei, die die YPG als syrischen Arm der PKK betrachtet, hat seitdem deren Abzug aus allen Gebieten westlich des Euphrat gefordert. Im Juni wurde ein Stufenplan in Gang gesetzt, der zunächst mit US-Truppen koordinierte Patrouillen der türkischen Armee in Membidsch, einen Abzug der YPG aus diesem Gebiet und die Etablierung einer neuen Kommunalverwaltung vorsieht.

Das Auslieferungsbegehren der Türkei zu Fetullah Gülen zeigt dagegen keine erkennbaren Fortschritte.

Nachdem die USA angekündigt haben, auf Importe aus der Türkei Sonderzölle in Höhe von 25 Prozent bei Stahl und 10 Prozent bei Aluminium zu erheben, hat die türkische Regierung ebenfalls Sonderzölle auf US-Produkte angekündigt. Der Welthandelsorganisation WTO wurde mitgeteilt, dass die Maßnahme 22 Produkte betreffe. Die türkische Regierung geht von einem zusätzlichen Steuervolumen von 260 Mio. Dollar aus. (siehe dazu auch den einleitenden Teil.)

Syrienpolitik und die Beziehungen zu Russland und dem Iran

In den vergangenen Monaten ist es den syrischen Regierungstruppen mit Unterstützung Russlands und des Irans gelungen, zunächst die von der Opposition verteidigten Gebiete bei Damaskus, dann bei Hama und schließlich die im Süden gelegenen Gebiete um Daraa zu erobern. Militante, die sich weigerten ihre Waffen niederzulegen

und ihre Familien wurden nach Idlib gebracht. Ebenso wie die genannten Gebiete ist Idlib eine sogenannte Deeskalationszone, wobei sie jedoch die einzige ist, für die sich die Türkei verantwortlich zeichnet. Die türkische Armee hat dort Stützpunkte eingerichtet und die Aufgabe übernommen, den Abzug „terroristischer Gruppen“ herbeizuführen.

Es wird nun erwartet, dass sich die syrische Armee nach Norden wenden wird. Dort befinden sich die weiten Gebiete der von den USA unterstützten „Demokratischen Kräfte Syriens“. Es handelt sich dabei um ein Bündnis von Milizen, das von der kurdischen YPG dominiert wird. Es wird berichtet, dass die Demokratischen Kräfte Syriens Verhandlungen mit der syrischen Regierung über eine friedliche Lösung des Konflikts begonnen haben.

Das zweite nicht unter Regierungskontrolle befindliche Gebiet setzt sich aus den von der Türkei kontrollierten Gebieten um Jarablus und Afrin sowie der Deeskalationszone Idlib zusammen.

Die türkische Regierung hat die Entwicklungen um die anderen Deeskalationszonen, die eine nach der anderen von Regierungstruppen erobert wurden, bisher nur im Hinblick auf humanitäre Probleme kritisiert. Sollten die Kämpfe in Idlib zunehmen, steht sie jedoch vor einer schwierigen Situation. Die Provinz grenzt an die türkische Provinz Hatay. Die türkische Regierung müsste – ganz wie Israel und Jordanien bei den Kämpfen im Süden – die Grenzen schließen oder aber bereit sein, Hunderttausende von Flüchtlingen aufzunehmen. Hinzu kommt ein beträchtliches Risiko für die türkischen Truppen in Syrien. Wollte die Türkei ihre Präsenz in Syrien aufrechterhalten, bleibt ihr als einzige Alternative nur ein aktives Vorgehen gegen die sich an Al Quaida und dem IS orientierenden Gruppen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Dr. Felix Schmidt
© FES Türkei, 2018

